

EMPÖRENDES „STEIERMARK HEUTE“: Propaganda für die Glückspiellobby

Von der Verpflichtung des ORF zur Objektivität scheint man bei „Steiermark heute“ sehr wenig zu halten. Besonders deutlich wird dies seit dem Wechsel des ORF-Landesdirektors.

In der steirischen TV-Nachrichtensendung räumte man unlängst dem ÖVP-Landtagsabgeordneten Kasic, welcher gleichzeitig in der Wirtschaftskammer die Interessen der Geldspielautomatenbetreiber

vertritt, einen ausführlichen PR-Auftritt ein. Kasic erdreistete sich dabei, ein geradezu lächerliches Angebot der Spielautomatenbetreiber für die Betreuung von spielsüchtigen Menschen zu machen. 10 Euro

wolle man freiwillig monatlich pro Geldspielautomaten zahlen. Ein Hohn angesichts der Tatsache, dass die steirischen Automatenbetreiber derzeit um 932 Euro pro Automat weniger Abgabe zahlen als ihre Wiener Kollegen!

Die KPÖ berief umgehend eine Pressekonferenz ein, um über die Tatsachen zu informieren. So zum Beispiel darüber, dass im Landtag bereits ein Antrag auf Erhöhung der Abgabe auf Geldspielautomaten mindestens auf des Wiener Niveau von 1.400 Euro eingebracht wurde. Weil in der Steiermark die Abgabe so niedrig ist, haben wir auch die höchste Zahl an Geldspielautomaten (4.700!) von allen Bundesländern. Würde die Abgabe in der Steiermark so hoch wie in Wien sein, ergäbe dies monatliche Mehreinnahmen von 4,2 Millionen Euro. Stattdessen bietet Kasic lächerliche 10 Euro pro Automat auf

freiwilliger Basis an!

Während Kasic für seine „Großtat“ vom ORF gelobt wurde, hatte „Steiermark heute“ die Pressekonferenz der KPÖ boykottiert. Ein Protestschreiben an Landesdirektor Draxler wurde von diesem nicht einmal beantwortet. Nicht weiter verwunderlich, wenn man feststellt, wie sehr man sich bei „Steiermark heute“ auch sonst bemüht, die Aktivitäten der KPÖ im Landtag totzuschweigen. Offensichtlich sind einigen Verantwortlichen politische Loyalitäten wichtiger als die gesetzliche Verpflichtung zur objektiven Berichterstattung.

Vielleicht sollte man daran erinnern, dass es unter den mehr als 44.000 KPÖ-Wählerinnen und Wählern bei der letzten Landtagswahl auch eine große Zahl gibt, denen man pünktlich die ohnehin sehr üppigen ORF-Gebühren abnimmt.

<http://spielsucht.kpoe-steiermark.at/>

Geht es nach dem Landtag, werden die Posten von Schuldirektoren alle 6 Jahre neu ausgeschrieben.



Direktoren auf Zeit

Nach sechs Jahren Neu- oder Wiederbestellung für Schuldirektorinnen und -direktoren. Das Land ist dafür, nun muss Bund entscheiden.

KPÖ-Bildungssprecherin Claudia Klimt-Weithaler und Andreas Fabisch, der die KPÖ im Landesschulrat vertritt, haben vorgeschlagen, SchuldirektorInnen in Zukunft auf sechs Jahre zu bestellen. Danach soll die Stelle neu ausgeschrieben werden. Die Wiederwahl soll möglich sein. Dadurch würden die Leistungen der Schulleitung alle sechs Jahre bewertet.

Ein entsprechender Antrag wurde vom Landtag mit den

Stimmen von ÖVP, KPÖ und Grünen beschlossen; nun ist der Bund am Zug. „Auch Bundespräsident und Kanzler sind nicht auf ewig bestellt. Die Bestellung auf Zeit hilft, die politische Postenvergabe aufzubrechen“, meint Andreas Fabisch. Für die Schulen brächte das die Chance, entweder Bewährtes fortzusetzen oder eben dort, wo es nötig ist, für frischen Wind zu sorgen. Gewinner wären das Schulsystem und die Ausbildung der Kinder.

LANDTAGSSITZUNG Kritik an Sozialgesetzgebung

Dem Landtag lag ein erster Zwischenbericht über die Effizienz der Sozialgesetze vor. Darin heißt es unter anderem: „Die Sozialgesetzgebung des Landes und deren Vollzug befriedigt den einschlägigen Bedarf angemessen.“ Werner Murgg (KPÖ) nannte diese Behauptung „angesichts der tatsächlichen Zustände, einen Hohn!“ So habe die KPÖ während der letzten zwei Jahre zahlreiche Beschwerden von Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher gesammelt und Berufungen eingebracht. 32.860 Euro waren diesen Personen vorenthalten worden. Werner

Murgg: „Das ist nur die Spitze des Eisberges. In einigen Bezirkshauptmannschaften werden überhaupt keine Bescheide erlassen und die Antragsteller einfach weggeschickt!“

